



Gegenanträge des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der RWE Aktiengesellschaft am 17. April 2008

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 3

Den Mitgliedern des Vorstandes wird die Entlastung verweigert.

Begründung

1.

Wir beantragen, den Vorstand wegen seiner verantwortungslosen Atominvestitionen nicht zu entlasten.

Atomkraftwerk Belene/Bulgarien

Laut Pressemeldungen will RWE als strategischer Investor 49% des bulgarischen Atomkraftwerks Belene erwerben. Damit beweist der RWE-Vorstand seine Rücksichtslosigkeit gegenüber der Sicherheit der bulgarischen Bevölkerung (1) und gegenüber den eigenen Aktionären (2).

1. Die zwei 1000 MW Reaktoren des AKW Belene sollen in Nord-Bulgarien errichtet werden. Die Gegend ist sehr erdbebengefährdet: 14 km vom geplanten Reaktorstandort entfernt starben beim letzten Beben 120 Menschen. Das Projekt wird seit den 80er Jahren geplant, obwohl sowjetische Wissenschaftler vor dem Standort gewarnt haben. 1992 wurde das Vorhaben wegen Umweltproblemen und wirtschaftlichen Risiken gestoppt. In 2002 wurden die Belene-Pläne jedoch wieder ausgegraben, in 2006 erhielt der russische Konzern Atomstroyexport den Auftrag, das Kraftwerk zu errichten. Das für Belene gewählte Design besteht aus zwei WWER 1000/466B Reaktoren, die noch nirgends industriell betrieben werden und für die es keine Sicherheitsanalysen gibt.

Wegen des riskanten Standorts und des unbekanntem Designs gibt es in Bulgarien breite Proteste gegen das Projekt. Auch der ehemalige Leiter der bulgarischen Atomaufsicht, Dr. Guergui Kastchiev, warnt wegen bedeutender Sicherheitsbedenken davor. Neben dem unsicheren Standort gehören dazu Designprobleme, Mangel an qualifiziertem Personal und in der Sicherheitskultur, gravierende Schwächen bei der bulgarischen Atomaufsicht sowie

die fehlende Strategie für den atomaren Abfall. Fast alle angefragten Banken haben eine Finanzierung abgelehnt.

2. Durch die geplante Investition setzt RWE auch das Geld seiner Aktionäre aufs Spiel. Bei Vertragsunterzeichnung müssen 400 Mio. Euro an den Betreiber ausgezahlt werden. In Anbetracht der unsicheren Finanzierung und der problematischen Geschichte von Belene ist dies überaus unsicher angelegtes Geld. Zudem könnte das Vorhaben RWE in Deutschland viele Kunden kosten, da die hiesige Öffentlichkeit auf solche riskanten Investitionen sensibel reagiert.

Thorium Hochtemperaturreaktor (THTR) in Hamm

1. Die Kosten für den Erhaltungsbetrieb des Thorium Hochtemperaturreaktors (THTR) in Hamm-Uentrop über jährlich 5,1 Millionen Euro zahlen weder RWE noch die Hochtemperaturreaktor Kernkraftwerk (HKG), an der RWE mit 31 % beteiligt ist. Die Summe wird je zur Hälfte vom Land NRW und vom Bund getragen. Lediglich bei den jährlich hinzukommenden Endlagervorausleistungen für den radioaktiven Müll des THTR über 0,5 Millionen Euro zahlt die HKG ein Drittel.

Über diese 2009 auslaufenden Finanzierungsvereinbarungen werden alle Beteiligten bald neu verhandeln. Es ist nicht einzusehen, dass sich RWE auch in Zukunft weigert, die Kosten für eine von RWE zu verantwortende verfehlte Atompolitik und für zahllose Störfälle im THTR zu übernehmen.

Deshalb möge die Hauptversammlung beschließen: Nach dem Jahr 2009 wird RWE die Kosten für den Erhaltungsbetrieb des THTR und für die Endlagervorausleistungen übernehmen.

2. Die im Dezember 2007 veröffentlichte KIKK-Studie über Kinderleukämie in der Umgebung von AKW im Auftrage des Bundesumweltministeriums hat die Umgebung des THTR nicht untersucht. Dabei gibt eine Serie von Störfällen in den 80er Jahren bei diesem Reaktor Anlass zu größter Besorgnis. Eine unabhängige Krebsstudie könnte endlich Klarheit schaffen, wie hoch das Krebsrisiko wirklich ist. RWE als Nachfolgesellschaft der THTR-Auftraggeber steht ebenfalls in der Verantwortung.

Deshalb möge die Hauptversammlung beschließen: RWE übernimmt die Kosten für die Durchführung einer wissenschaftlich fundierten Krebsstudie in der Umgebung des THTR, die von unabhängigen Fachleuten in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) durchgeführt werden soll.

2.

Wir beantragen, den Vorstand wegen seiner das klimaschädlichen Geschäftspolitik nicht zu entlasten.

Nach einer WWF-Studie gehören RWE vier der 30 dreckigsten Kohlekraftwerke in der EU: die Braunkohlekraftwerke Niederaußem (Rang 3), Frimmersdorf (5), Weisweiler (6) und Neurath (7).

Der neue RWE-Vorstandsvorsitzende Dr. Jürgen Großmann setzt nach wie vor auf fossile Energieträger anstatt den Ausbau regenerativer Energien entschieden voranzutreiben. Gegenüber Politik und Öffentlichkeit wird mit einseitigen Behauptungen ein Bedrohungs-Szenario aufgebaut. In einem BILD-Interview am 27. Februar d.J. forderte Dr. Großmann „eine vernünftige Wirtschaftspolitik mit Augenmaß und keine einseitige Ausrichtung auf ökologische Ziele“. Dr. Großmann schürte die Angst vor „mehrtägigen Stromausfällen schon in diesem Jahr, die auch Deutschland hart treffen können“, weil in Europa angeblich Kraftwerke fehlen. Deshalb müssten „Politik und auch die Bürger ihren Widerstand gegen den Neubau von Kernkraftwerken aufgeben – sonst drohen Engpässe und Blackouts!“ Die Bundesregierung wies am selben Tag die Warnungen vor Strom-Engpässen zurück.

Auch mit irreführender Werbung und PR-Tricks versucht RWE die Öffentlichkeit für den klimaschädlichen Kurs des Konzerns einzunehmen. So zum Beispiel das „CO2-freie Kohlekraftwerk“. Das Umweltbundesamt befürchtet aber, dass in unterirdische Lagerstätten versenktes CO2 im Laufe von 100 Jahren schleichend entweichen könnte.

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 4

Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wird die Entlastung verweigert.

Begründung

Der Aufsichtsrat kommt seiner Kontrollpflicht gegenüber dem Vorstand nicht in ausreichendem Maß nach. So verhindert der Aufsichtsrat nicht, dass RWE weiterhin verantwortungslose Atominvestitionen wie in Belene/Bulgarien plant und den Bau von Kohlekraftwerken, die das Klima schädigen, fortsetzt.